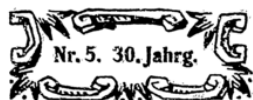


GRAPHISCHE



Nr. 5. 30. Jahrg.

PRESSE



2. Februar 1917.

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- U. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Export von Conrad Müller, Schenkenditz, Augustastr. 89.

Insertion. Für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Die Helfer der Unternehmer. Rundschau. Kartoffel- und Brotmangel. Aus dem Wirtschaftsleben. Beachtenswertes zur Erhöhung der Waisenrente. — **Graphische Technik:** Kriegswirkungen im Steindruckgewerbe. I. — **Feuilleton:** Nahende Vereinsamung. Vom Büchertisch. — Eingegangene Gelder. — Opfer des Krieges. — Anzeigen.

Bekanntmachungen.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.
Berlin SW 68, Friedrichstraße 239.
Briefadr.: z. H. d. Geschäftsführers Herrn Rich. Köhler.
Düsseldorf: Arbeitsnachweis-Verwalter: Ernst Rott, Düsseldorf, Birkenstraße 87.
Berlin, den 22. Januar 1917.
Albert Frisch, Prinzipalvorsitzender.
Max Gragen, Gehilfenvorsitzender.
Rich. Köhler, Geschäftsführer.

Die Helfer der Unternehmer.

Gewerkschaftsgegner innerhalb der Arbeiterbewegung sind durchaus keine neue Erscheinung. Einen ständigen Kampf um die Anerkennung ihrer Tätigkeit haben die Gewerkschaftsvertreter in der Partei führen müssen. Immer gab es in dieser eine große Gruppe, die alles andere als die politische Tätigkeit der Arbeiter, für Kräftevergeudung, die Bemühungen für die Sicherung und Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter insbesondere als Verflachung des Klassenkampfes bezeichneten. Mit dem erfreulichen Wachsen der Mitgliederzahl der Gewerkschaften, trotz aller entgegenstehenden Theorien und prinzipiellen Prophezeiungen, verschafften sie sich auch in der Partei zunehmende Achtung, verloren die entgegenstehenden Anschauungen an Bedeutung und Eindruck. Der lange hinüber und herüberwogende Kampf fand dann auf dem Parteitag in Mannheim im Jahre 1906 einen gewissen äußerlichen Abschluß durch die Annahme der Resolution Bebel-Kautsky mit 386 gegen 5 Stimmen.

Seitdem wurden die Gruppen der Gewerkschaftsgegner von Jahr zu Jahr kleiner in der Partei; angesichts der unbestreitbaren Erfolge der Gewerkschaften wurde der Widerstand schwächer. Ausgestorben sind jene Gegner aber nicht. Dem aufmerksamen Beobachter konnte freilich eine bedeutsame Wandlung nicht verborgen bleiben. Den großen theoretischen Wortführern, jener Eiferer gegen die Gewerkschaften, hörte die Arbeiterschaft im allgemeinen gern zu, doch in der Praxis betätigte sich diese, bis auf ganz verschwindende Ausnahmen, durchaus im Sinne der allgemeinen Gewerkschaftsgrundsätze. Die große Mehrzahl der im Vordertreffen stehenden Vertreter der gewerkschaftsverneinenden politischen Richtung in der Sozialdemokratischen Partei, sind denn auch tatsächlich niemals Arbeiter gewesen, sind fast durchweg aus ganz anderen Gesellschaftsschichten gekommen.

Während in der Friedenszeit der Einfluß dieser Richtung immer geringer wurde, hat ihnen der Krieg mit seiner Folge von tatsächlicher Not, von Jammer und Verzweiflung, ein Übergewicht gegeben, das der ganzen Arbeiterbewegung zur Gefahr zu werden droht. Es ist einfach nicht wahr, daß die

Haltung der Gewerkschaften in der Kriegszeit den Verlust an Mitgliedern gebracht hat. Bei Beginn des Krieges verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit die irrierte Auffassung in fast allen Kreisen der Bevölkerung, Verträge brauchten im Kriege nicht eingehalten zu werden. Das war das erste Anzeichen der beginnenden Auflösung der gesellschaftlichen Disziplin. Der Belagerungszustand auf der einen, die furchtbare Arbeitslosigkeit auf der anderen Seite verstärkte diese Auflösung noch besonders bei den Arbeitern. Der organisatorische Zusammenhalt lockerte sich durch die Einziehung der zahllosen einflussreichen Vertrauensleute aus den Werkstätten und Vereinen. Dazu der ungeheure Wechsel in den Arbeitsstellen, und ähnliche Kriegswirkungen machten den Verlust der großen Mitgliederzahl natürlich.

Auf diesem durch und durch unnatürlichen, krankhaften Boden setzte die Wucherung der Spaltpilze ein. Die Partei ist bereits wie der Organismus eines Schwindsüchtigen von ihnen zersetzt und zerfressen. Nun sollen die Gewerkschaften heran. Es ist dieselbe Gruppe der alten Gewerkschaftsgegner die hier am Werke ist. Dieselben Ideen, die in der Friedenszeit herzlich wenig Anklang fanden, wagen sich jetzt dreister und kühner als ehedem heraus.

Im Jahre 1913 schrieb der ehemalige Genosse Richard Wagner im »Braunschweiger Volksfreund« in einem Aufsatz über den Parteitag zu Magdeburg den merkwürdigen Satz: »Alles was wir innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung erreichen können, ist doch nur ein Quark.« — Der Reichstagsabgeordnete Noske nagelte auf dem Parteitag diesen Satz an, darauf ganz allgemeine Entrüstung und niemand fand sich der dem armen Wagner beispringen wollte. Die Zeit schien nicht günstig für solche Ideen. Darüber ist jener Richard Wagner nationalliberaler Redakteur geworden.

Im Dezember 1913 schrieb Dr. Franz Mehring, merkwürdigerweise in den nur wenig bekannten »Lichtstrahlen«, über »Parlament und Sozialdemokratie« folgendes: »Aber so sagt man: Sie kann nützliche Gesetze schaffen helfen; sie (die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratie) kann die Verwaltung kontrollieren und dadurch viel Gutes stiften. Sicherlich kann sie das, und in der einen wie in der anderen Beziehung darf unsere Reichstagsfraktion auf eine ebenso arbeitsreiche wie verdienstvolle Vergangenheit zurückblicken. (Eine erklärliche Verbeugung vor der damals allgemein glütigen Ansäuung. D. Verf.) Aber man übersehe doch nicht die Kehrseite der Medaille! Wenn wir Arbeiterschutzgesetze schaffen oder schaffen helfen, so schwächen wir nicht, sondern stärken den Kapitalismus und enternen uns von unserem eigentlichen Ziele, dem Gemeineigentum; wenn wir gegen Soldatenmißhandlungen ankämpfen, so schwächen wir nicht, sondern stärken den Militarismus und enternen uns von unserem eigentlichen Ziele, der Miliz.« —

Das ist in der Tat die vielgepriesene grundsätzliche Auffassung der Richtung, die heute lauter als vordem den Kampf gegen die Gewerkschaften predigt. Es bedeutet: jede Mark Lohnerhöhung, jede Verkürzung der Arbeitszeit, jede Verbesserung der augenblicklichen Lebenslage der Arbeiter schwächt die revolutionäre Energie derselben, söhnt sie, wenn auch im bescheidenen Maße mit der bestehenden Gesellschaftsordnung aus. Darum, so fordert also einer der fanatischen Vertreter jener Richtung, der Dr. Franz Mehring, nur keinen Arbeiterschutz, nur keinen Soldatenschutz, je größer das Elend, je wuchtiger, je revolutionärer die Empörung der Arbeiter dagegen. Mit solchen Argumenten sind wir denn so glücklich wieder bei den Verheißungen der Kirche auf ein fernes Himmelreich gelangt. Kein Wunder, daß solche Theorie, wonach sich die Arbeiter selber die Verelendung, die durch die bösen Gewerkschaften verhindert wird, erst schaffen sollen, in der Arbeiterschaft nicht das leiseste Verständnis findet. Es ist kein Zufall, daß die Mehring, Panekoeck, Rosa Luxemburg, Julian Borchardt usw., nie Arbeiter gewesen sind. Die Arbeiter selbst haben auch fast restlos solche Ideen nur in der Theorie, niemals in ihrer organisatorischen Betätigung in der Praxis gutgeheißen. Nicht wenige von den Arbeitern, die den obengenannten und ihnen geistesverwandten Wortführern in politischen Versammlungen jubelten, waren in der Gewerkschaft unergründliche Kämpfer, die ihr bestes einsetzen um geringe Verbesserungen im Arbeitsverhältnis; waren nie müde werdende Vertreter in tariflichen Instanzen. Jawohl! In den Tarifen haben sie mit Aufbietung ihrer ganzen Kraft gearbeitet, von denen eine der radikalen Zeitungen jetzt erst schrieb: »Das Tarifwesen, das angeblich die Anerkennung der Gewerkschaften als gleichgestellten Machtfaktor gebracht hat, führt letzten Endes zur Ohnmacht der Gewerkschaften.« —

Die Arbeiter, mit Einschluß der radikalsten, haben für solche Theorien niemals praktisches Verständnis gehabt. Sie halten es darin vielmehr mit August Bebel, der, ein wirklicher Arbeiter, sein ganzes Leben für die von ihm vertretenen Ideen gewirkt hat. In seinem Vortrag: »Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien«, sagte er: »Aber die Gewerkschaften sind an der Ausgestaltung dieser Gesetzgebung (der Versicherungsgesetzgebung) im höchsten Grade interessiert und daher berufen, darüber zu diskutieren und ihre Wünsche und Forderungen zu stellen. Dasselbe gilt für sie von dem Vereins- und Versammlungsrecht, dem Koalitionsrecht, der gesamten Arbeiterschutzgesetzgebung, so namentlich in bezug auf Sonntagsarbeit, Normalarbeitszeit, Nachtarbeit, Schutz der Arbeiterinnen und der jungen Leute. Des weiteren geht sie sehr nahe an die Gesetzgebung über die Hausindustrie, das Gewerbegerichtsessen, die Gewerbeinspektion, die Organisation von Arbeitskammern und eines Reichsarbeitsamtes, die Berggesetzgebung, die Lebensmittelzölle, die Handels- und Zollgesetzgebung, die Lage

der Arbeiter in den Staatsbetrieben usw.

Gegen die Gewerkschaftsbeamten waren die Arbeiter immer mißtrauisch, aber noch niemals weil diese ihnen zu viel Arbeiterschutz, zu viel Lohnhöhung usw. erreicht haben. Nein, nur weil die unter den bestehenden Verhältnissen erreichten Verbesserungen ihnen nicht hoch genug waren.

Das wissen die Theoretiker jener Gewerkschaftsfeinde aus der Arbeiterpartei sehr wohl. Darum stellen sie ihre gewerkschaftsfeindliche Theorie fein sorglich als Nippesache in den Glasschrank und nehmen für den Tagesgebrauch mit der Mißstimmung der Arbeiter gegen die zu geringe Verbesserung der Lebenslage vorlieb. Sie hassen die Gewerkschaften, weil ihre Politik angeblich die Arbeiter mit den bestehenden Verhältnissen aussöhnt. Darum müssen sie zerstört, zumindestens gelähmt und geschwächt werden. Dann erst kann ihrer Meinung nach jene Verelendung erreicht werden, die die Arbeiter befähigt, den Satz anzuerkennen: »Der Arbeiter hat nichts zu verlieren als seine Ketten!«

Da sich bewußt und aus innerer Überzeugung kein ehrlicher Arbeiter dazu hergibt, an seiner eigenen und der Verelendung seiner Klasse zu arbeiten, benutzen jene Leute, um dennoch zu ihrem Ziel zu gelangen, die jetzt so turmhoch geschwollene Mißstimmung der Arbeiter. Doch nicht, um sie zum geschlossenen Kampf gegen die Mißstände zu führen. Nein, durch Zertrümmerung der Organisationen sollen sie dagegen wehrlos gemacht werden, sollen sie der dann künstlich herbeigeführten Verelendung preisgegeben werden. Und nun die Demagogie!

Sie predigen Kampf gegen die versumpften Unterstützungseinrichtungen — und suchen die aus ihrer Ruhe geschreckten Nuruhrstützungsmittglieder für ihre Spaltungsversuche zu gewinnen. Sie wenden sich gegen die Arbeit der Gewerkschaften auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen — und hetzen den unter geringem Lohn Seufzenden gegen die »nichts leistende Gewerkschaft« auf. Sie machen keinen Finger krumm zur Verbesserung der fürchterlichen Lebensmittelkalamität — und hetzen gegen die Gewerkschaftsvertreter, die nicht genügend erreichen. —

Wir zweifeln nicht, daß diese in ihrer Idee Verrannten nur in dem Dunkel der Kriegswirren und inneren Schwierigkeiten einigen Erfolg erreichen können. Ein Erfolg ist ihnen unter allen Umständen sicher: Die Dankbarkeit aller scharfmacherischen Unternehmern für ihre Judastaktik!

Rundschau.

Siebenuhr-Ladenschluß. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hat an den Bundesrat und den Reichstag eine Eingabe gerichtet, durch die er wünscht, daß der Siebenuhr-Ladenschluß auf die Lebensmittelgeschäfte ausgedehnt und auch für die Friedenszeit beibehalten wird. In der Eingabe wird ausgeführt, daß der Siebenuhr-Ladenschluß die Arbeitszeit der Handlungsgehilfen verkürzt und daher aus sozialen Gründen nicht wieder beseitigt werden dürfte. Er sei auch für die Lebensmittelgeschäfte durchführbar, da ja die Lebensmittel gerade in der jetzigen Kriegszeit nicht erst des Abends, sondern an frühen Tagesstunden verkauft werden, weil das Publikum glaubt, daß in den späteren Tagesstunden die vorhandenen Lebensmittel ausverkauft sein könnten. Der dauernde Siebenuhr-Ladenschluß würde fernerhin eine Betriebskostensparnis für die Geschäftsinhaber mit sich bringen und auch, insofern von volkswirtschaftlichem Nutzen sein.

Einer, der auf Verlängerung der Arbeitszeit klagt. Die Fachzeitung der Maschinisten und Heizer berichtet: »Ein Recht auf Überstunden beansprucht der Maschinist L. in einer Klage vor dem Gewerbegericht in Berlin. Er war in der elektrischen Zentrale der Firma August Scherl beschäftigt und fühlt sich dadurch benachteiligt, daß ihm keine Nachtwachen übertragen worden sind. Er behauptet, es sei mit ihm vereinbart worden, daß er in gewissen Zeitabschnitten Nachtwachen gegen besondere Vergütung zu leisten habe. Da er keine Nachtwachen bekam, so beansprucht er Schadenersatz für den ihm dadurch entgangenen Verdienst. Der Vertreter der Firma bespricht, daß die regelmäßige Leistung von Nachtwachen mit dem Kläger vereinbart worden sei. Dieser konnte

sich auch nur auf Versicherungen anderer Kollegen berufen, welche angaben, die regelmäßige Leistung von Nachtwachen mit der Firma vereinbart zu haben. — Das Gericht wies den Kläger ab, weil er den Beweis dafür, daß er ein Recht auf Überstunden habe, schuldig geblieben ist.«

Ausbau der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion. Auf einer Einkaufsleiterkonferenz, die im Dezember in Hamburg stattfand, machte der Geschäftsführer der Großeinkaufsgesellschaft Heinrich Lorenz sehr bedeutsame Ausführungen über die Notwendigkeit, die Eigenproduktion der Gesellschaft nach dem Kriege in großzügiger Weise auszubauen. Die Großeinkaufsgesellschaft verfügt bis jetzt über zwei Seifenfabriken, drei Zigarrenfabriken, eine Kautschukfabrik, eine Zündholzfabrik, eine Teigwarenfabrik, eine Mostridfabrik, eine Kaffeerösterei und eine Kistenfabrik. Insgesamt wurden in diesen Eigenbetrieben im Jahre 1915 für 19 Millionen Mark Waren hergestellt. Das ist erst ein kleiner Teil des 153 Millionen Mark betragenden Umsatzes der Großeinkaufsgesellschaft und ein noch viel kleinerer des Umsatzes der Konsumvereine. Hätte die Großeinkaufsgesellschaft während des Krieges mehr Eigenbetriebe gehabt, so führte Lorenz aus, so hätte sie wahrscheinlich weniger ausgeschaltet werden können. Die Voraussetzung für einen weiteren Ausbau der Eigenproduktion sei die Gewißheit, eines genügend großen Umsatzes in den betreffenden Artikeln und das Vorhandensein ausreichender Mittel. Das erstere trifft für eine Reihe von Waren zu, in denen die Gesellschaft jährlich etwa für 60 Millionen Mk. umsetzt. Die Aufbringung der nötigen Mittel dürfte nicht allzu schwierig sein, nachdem die große 5 Millionen-anleihe der Gesellschaft während des Krieges in kurzer Zeit bis auf einen kleinen Rest gezeichnet worden ist. Für die zunächst in Angriff zu nehmenden 10 neuen Produktivbetriebe wird man etwa 30 bis 35 Millionen Mark benötigen. Bei der weiteren Entwicklung ist eine gewisse Zentralisation beabsichtigt. Es sollen an verschiedenen Plätzen Handels- und Produktionszentralen gegründet werden. So soll Gröba, wo sich jetzt schon eine Anzahl Produktionsbetriebe befinden, zu einer Produktions- und Chemnitz zu einer Handelszentrale entwickelt werden. Schließlich meinte Lorenz, müsse man auch an die Gewinnung von Rohstoffen in eigenen Betrieben denken. So wäre für eine fernere Zeit die Erwerbung eigener Plantagen für die Erzeugung von Pflanzenfett und Ölen ins Auge zu fassen.

Mehr Verständnis für die Nährpflicht! In der Dezemberversammlung seines landwirtschaftlichen Kreisvereins sagte der Landwirtschaftsdirektor Witkamp: »Im Kreis Reddinghausen stehen 127000 Milchkühe, die mindestens 40000 Liter Milch täglich bringen müßten. Die Menge der angelieferten Milch entspricht dem nicht im entferntesten und genügt nicht einmal für die bevorrechtigten Bezahler.« — Ein süddeutscher Tierarzt, der 500 ländliche Wirtschaften kontrolliert hat, berichtet: »Viehhaltungen mit Beständen bis zu 18 Kühen liefern nicht ein Liter Milch und auch kein Pfund Milchfett ab, obwohl die Kühe weder hochträchtig sind noch trocken stehen. Die Kälber erhalten Vollmilch bis zur vollen Sättigung. — Die Schlachtschweine erhalten Getreide und Vollmilch. — Die Schmalzknuden werden wie im Frieden hergestellt. — Aller Milchüberschuß dient zur Herstellung von Butterschmalzvorläufen.« — Der Kreis Oppeln hat bei 44000 Stück Rindvieh (am 1. Dezember 1915 waren es genau 45492 Stück) in einer Woche 4,5 Zentner Butter abgeliefert, also je ein Pfund auf 100 Rinder.

Was wird für das nächste Jahr angebaut? Bei den Lebensmittelschwierigkeiten wird jeder vernünftige Mensch antworten: angebaut wird, was zum Durchhalten für die Menschen am notwendigsten ist. Dem ist aber nicht so. Die Landwirtschaft antwortet: angebaut wird, was am meisten einbringt. Damit sie das weiß, hat Bodrosenthal in der »Illustrierten landwirtschaftlichen Zeitung« Nr. 91 es ihr vorgerechnet. Er rechnet aus seinem Vertrauensmannbezirk für 1916 folgende Durchschnitts-Bruttoeinnahme auf $\frac{1}{4}$ Hektar: Rüben 240,50 Mk., Weizen 195,— Mk., Roggen 121,— Mk., Gerste 192,— Mk., Hafer 210,— Mk., Rübens 258,— Mk., Raps 300,— Mk., Kartoffeln 360,— Mk., Wruken 687,— Mk., Möhren 527,— Mk. Es wird bemerkt, daß die Unkosten beim Zuckerrübenbau um 98,— Mk. höher als beim Getreidebau, um 18,40 Mk. höher als beim Kartoffelbau und um 42,— Mk. höher als beim Wrukenbau wären. Mit diesen Zahlen soll natürlich bewiesen werden, daß Rüben und Getreide zu wenig einbringen. Bekanntlich rentiert sich aber Getreide- und Rübenbau noch immer. Wir müssen für diese Zahlen eigentlich dankbar sein, weil sie uns beweisen, daß Kartoffeln, Wruken und Möhren viel zu hoch im Preise stehen. Jetzt wissen wir, warum wir in den Großstädten Stedkrüben essen müssen!

Die Beschränkung der Unternehmerrgewinne als vaterländische Gefahr. Der preussische Landtagsabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Brockmann-Düsseldorf warnt im »Tag« davor, die Unternehmerrgewinne der Kriegslieferanten zu beschränken. Es sei falsch, anzunehmen, daß die Industrie

in Bausch und Bogen erheblich mehr verdient als wie im Frieden. Immer könnten nur einzelne Industrien in Frage kommen, die direkt mit Kriegslieferungen bedacht werden. Außerdem sei zu berücksichtigen, daß die riesenhaften Gewinne der Unternehmer keineswegs nur von Einzelpersonlichkeiten eingestrichen würden, sondern sich auf die in die vielen Tausende gehende Zahl von Aktionären oder Gesellschaften verteilen, deren Einkommenszuwachs ebenfalls wieder steuerlich herangezogen werde. Es dürfe ferner nicht übersehen werden, welche große Bedeutung die Kapitalsansammlung als Faktor für unser ganzes Wirtschaftsleben habe. Der Vorschlag, die Unternehmerrgewinne durch Einführung von Höchstpreisen zu beschränken, müsse deshalb als geradezu gefährlich von allen vaterlandsliebenden Kreisen zurückgewiesen werden. — Mit so dürren Worten ist noch selten das angebliche Recht der Unternehmer verteidigt worden, aus der Notlage des Vaterlandes enorme Gewinne zu erzielen.

Schutzzölle gegen Deutschland? In einem früheren Artikel, in dem wir die Aussichten des graphischen Gewerbes nach dem Kriege behandelten, erwähnten wir auch die Gefahr, die für uns aus dem Verlust des englischen Marktes entstehen könnte. Die Folgen des amerikanischen Hochschutzzolles für den deutschen Steindruck sind uns wohl noch recht lebhaft im Gedächtnis. Wie nun der »Vorwärts« berichtet: »hat der neue englische Arbeitsminister Hodge, der frühere erste Geschäftsführer der Steel Smelters Association (Gewerkschaft der Eisengießerei), sich in einer Rede in Rotheham sehr energisch für Hochschutzzölle gegen Deutschland ausgesprochen. Früher seien die Gewerkschaften einmütig der Überzeugung gewesen, daß der Freihandel die beste Lebenshaltung gewährleiste und zugleich die sicherste Bürgschaft gegen den Krieg biete. »Damals waren wir blind, jetzt können wir sehen! Früher kamen drei Millionen Tonnen Stahl von Deutschland nach England. Ich werde dafür sorgen, daß dieses Loch verstopft wird. So lange es einen unbeschäftigten Hofhofen in England geben wird, werde ich darauf sehen, daß kein deutscher Stahl nach England kommt. Wie dumme waren wir, daß wir in der Vergangenheit eine offene Tür einer geschlossenen entgegensetzten. . . Wenn ich nur die volle Unterstützung von Kapital und Arbeit bekomme, so zweifle ich nicht daran, daß wir zu den größten Erfolgen kommen werden.« Der neugebackene Herr Minister spricht diktatorisch, aber das Lächeln über diesen parvenhaften Zug darf nicht vergessen lassen, daß er ein so unzweideutiges Bekenntnis zum Hochschutzzoll nicht ablegen würde, wenn er nicht das Gesamtministerium mit dem ehemals rabiaten Freihändler Loyd George hinter sich wüßte.«

Kartoffel- und Brotmangel.

Die Neuköllner Stadtverordneten-Versammlung verhandelte am 25. Januar über einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, durch den gegen die beabsichtigte Einschränkung der Kartoffel- und Brotrationen Stellung genommen werden sollte. Nach ihrer Begründung durch den sozialdemokratischen Vertreter, hielt Stadtrat Mier, Dezernent für die städtische Lebensmittelversorgung eine Rede, die den genauen Ernst der Ernährungsfrage recht deutlich hervortreten läßt. Wir stützen uns auf den Bericht des »Berliner Tageblatt« vom 26. Januar. Es heißt dort: »Die Beschaffung von Lebensmitteln für unsere Bevölkerung wird immer schwieriger. Die rationierten Lebensmittel sind äußerst knapp bemessen, so knapp, daß sie keinen arbeitenden Menschen mehr ernähren können. Wir sind an die Kriegsgesellschaften herangetreten mit der Bitte um mehr Nahrungsmittel. Alle Versuche waren vergebens. Wir haben mit Nachdruck darauf bestanden, daß die rationierten Lebensmittel nicht weiter gekürzt werden. Bei der letzten Berliner Konferenz hat nur der Neuköllner Vertreter und Stadtverordneter Wurm aus Berlin darauf bestanden, die Kartoffelration nicht unter fünf Pfund festzusetzen. Unser Protest war zwecklos. Gegen unsere Stimmen beschloß man, nur drei Pfund Kartoffeln zu liefern. Wir beabsichtigten wegen der in Aussicht gestellten Herabsetzung der Rationen aus der Groß-Berliner Gemeinschaft auszuschneiden. Nur unter dem Druck der Verhältnisse haben wir uns in das Unvermeidliche fügen müssen. Auch gegen die Verkürzung der Brotrationen haben wir uns gewandt. Ferner traten wir gegen die Einführung des Einheitsbrotes auf, und erhoben Protest, weil wir der Überzeugung sind, daß die Einführung des Einheitsbrotes nicht nötig ist, wenn eine bessere Organisation da wäre. (Sehr richtig!) Das Einheitsbrot besteht aus 60 Teilen Roggen und 40 Teilen Weizen und Streckungsmitteln und hat die Eigenschaft, daß es außerordentlich trocken ist, wie die in der Berliner Konferenz herumgereichten Proben bewiesen. (Hört, hört!) Man denke sich, dieses trockene Brot bei dem Mangel an Schmiermitteln! Wir werden auch in Zukunft darauf bestehen, daß wir mit diesem Einheitsbrot verschont werden. In Neukölln sind alle Lebensmittel äußerst knapp. Wir können nicht einmal mehr den Betrieb in unseren Volksküchen aufrecht erhalten, wenn uns nicht unverzüglich Nahrungsmittel zur Verfügung gestellt werden. Die Kohlrüben sind stöckig und so hart, daß sie für menschliche Nahrung ungenießbar sind. Täglich kommen zu mir nach dem Rathause viele hundert Leute, die Nahrungsmittel

haben wollen, und ich bin genötigt, zu sagen, daß die Stadt keine Nahrungsmittel mehr hat, weil sie nicht beliefert worden ist. Wenn uns die Reichsstellen jetzt im Stich lassen, können wir keinerlei Verantwortung mehr übernehmen. (Große Unruhe.)

In der gleichen Angelegenheit hat der *Hauptvorstand unseres Verbandes* an die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands den Antrag gerichtet, sie möge auf die Regierung im Sinne einer gerechten Verteilung der Lebensmittel energisch einwirken.

Aus dem Wirtschaftsleben.

Bei den enormen Anforderungen, die der Krieg an den Eisenbahnverkehr stellt, geht die Beschäftigung für den Bedarf der Bahnen an Fahrzeug naturgemäß nach wie vor bis zur Grenze der Leistungsfähigkeit; dieser Zustand wird sich bis auf weiteres unverändert behaupten. Die Ausgabe für Fahrzeugbeschaffung der preußischen Staatsbahnen im Eisenbahn-Anleihe-Gesetzentwurf für 1917 steht zwar noch nicht genau fest, wird aber, wie verlautet, den im Eisenbahn-Anleihe-Gesetz vom 17. April 1916 für den gleichen Zweck aufgewendeten Betrag von 207,7 Millionen Mark erheblich überschreiten. Infolgedessen wird auch die Gesamt-ausgabe für die außerordentliche Beschaffung von Fahrzeugen im Rechnungsjahre 1917 beträchtlich höher sein, als die Gesamtausgabe des laufenden Etatsjahres, die rund 307 Millionen Mark betragen hat. Wenn auch ein Teil der Mehrausgabe auf Rechnung der höheren Herstellungskosten kommt, sind doch die Beschaffungen für das Rechnungsjahr 1917 in solchem Umfange vorgesehen, daß auch die Zahl der neu hinzutretenden Fahrzeuge eine Vermehrung gegenüber dem laufenden Jahre erfährt. Für 1916 beliefen sich die Beschaffungen auf 1600 Lokomotiven, 31239 Gepäc- und Güterwagen und 1700 Personenwagen. Die Zahl der Lokomotiven und Güterwagen war im Vergleich zum Rechnungsjahr 1915 im abgelaufenen Jahre höher, die Zahl der Personenwagen wesentlich niedriger bemessen. Die für 1917 in Aussicht genommenen Beschaffungen bleiben hinsichtlich der Zahl der Personenwagen hinter dem abgelaufenen Jahre nicht zurück und gehen hinsichtlich der Lokomotiven und Güterwagen noch beträchtlich darüber hinaus. In den Rechnungsjahren 1914 bis 1916 hat die Gesamtausgabe für Fahrzeugbeschaffung rund 766,7 Millionen Mark betragen, für 1917 steigen die für die Fahrzeugbeschaffung vorgesehenen Mittel auf mehr als 1 Milliarde Mark; das läßt Schlüsse auf den Umfang der Tätigkeit in der Wagenbauindustrie zu.

Eine für das Brauereigewerbe neue Form der Konzentration ist durch die kürzlich erfolgte Gründung der Berliner Brauereivereinigung Monopol G. m. b. H. geschaffen worden. Es handelt sich dabei um ein Unternehmen, dessen Zweck insbesondere die Herstellung und der Vertrieb von Karamel- und Malzbier ist. Wie die *Frankfurter Zeitung* erzählt, ist mit der Gründung der schon seit längerer Zeit bestehende Plan des Vereins der Berliner Brauereien in die Tat umgesetzt worden; Malzbier im großen und nicht wie bisher in verschiedenen einzelnen Brauereien, sondern an einer gemeinsamen Produktionsstätte herzustellen, nachdem Einzelbetriebe stillgelegt worden sind. Man hofft durch die erweiterte und intensive Herstellung von obergärem, gersteparendem Malzbier nicht nur den Schwierigkeiten in der Gerstebeschaffung, die sich zur Zeit zu einer Gerstesperre verdichtet haben, besser begegnen zu können; man hofft auch rationeller zu arbeiten indem man nur an einer Stelle fabriziert und die gegenseitige Konkurrenz ausschaltet, damit gleichzeitig die schwierige Frage des Kundenschatzes löst. Man denkt ferner an eine Art Vorsorge gegen die Beschränkungen und Erschwerungen, die das Hilfsdienstgesetz den Brauereien wahrscheinlich nicht ersparen wird. Der neuen Gesellschaft gehören mit wenigen Ausnahmen, worunter der Hauptzeuger Engelhardt, fast alle Berliner Brauereien an, also nicht nur diejenigen, die bereits Malzbier herstellen, sondern auch andere Brauereien, welche jetzt durch die Kriegsverhältnisse gezwungen die Malzbierfabrikation durch Vermittlung der neuen G. m. b. H. aufnehmen wollen. So haben sich auch Schultheiß und Patzenhofer beteiligt. Als gemeinsame Betriebsstätte ist das früher der Berliner Brauerei Hilsbein gehörige, vor Monatsfrist von der Aktien-Brauerei Friedrichshain für 1,36 Millionen Mark erworbene Brauereigrundstück Tempelhofer Berg in Aussicht genommen und bereits für einen längeren Zeitraum gepachtet.

Obwohl die Gründungstätigkeit in Deutschland im abgelaufenen Jahr natürlich auch nicht annähernd die Ziffern der letzten Friedensjahre erreicht hat, so ist sie doch gegenüber dem Jahre 1915 in erheblichem Maße gesteigert worden. Dies gilt nicht nur von den Gesellschaften mit beschränkter Haftung, unter denen sich die meisten der im vergangenen Jahre neu errichteten Kriegsgesellschaften befinden, sondern ebenso von den Aktiengesellschaften. Es handelt sich aber auch hier meist um Neugründungen, die in irgendeiner Weise mit dem Kriege zusammenhängen. Nach einer Zusammenstellung in der Zeitschrift *Die Bank* sind Aktiengesellschaften mit insgesamt 116,5 Millionen Mark und

Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit insgesamt 200,8 Millionen Mark, zusammen also 317,3 Millionen Mark Kapital gegründet worden gegen 186,2 Millionen Mark im Vorjahre. Die Gesamtziffer der zur Eintragung gelangten Kapitalerhöhungen hat sich ungefähr auf der Höhe des Jahres 1915 gehalten, und zwar sind eingetragen worden 248,3 Millionen Mark bei Aktiengesellschaften und 51,2 Millionen Mark bei Gesellschaften mit beschränkter Haftung, insgesamt also 299,5 Millionen Mark gegen 282,6 Millionen Mark im Jahre 1915.

Nach dem *Correspondenzblatt* Julius Kaliski.

Beachtenswertes zur Erhöhung der Waisenrenten!

Nach § 1259 der Reichsversicherungsordnung erhalten nach dem Tode des versicherten Vaters die ehelichen Kinder unter 15 Jahren und nach dem Tode einer Versicherten ihre waisenlosen Kinder im vorgenannten Alter eine Waisenrente. Diese Waisenrente setzt sich aus einem Reichtzuschuß (25 Mk.) und dem Anteil der Versicherungsanstalten zusammen (vergl. §§ 1285 und 1292 der Reichsversicherungsordnung). Uneheliche Kinder haben nach dem Tode ihres Vaters keinen Anspruch auf Waisenrente, dagegen können sie diese nach dem Tode der Mutter erhalten. Der Anteil der Versicherungsanstalten richtet sich nach den gezahlten Beiträgen einschl. Militärdienst und Krankheitszeiten, die als Beitragszeiten zu gelten haben. Dieser Anteil an jeder Waisenrente ist zu bemessen nach dem Grundbetrag und den Steigerungssätzen der Invalidenrente, welche der Verstorbene bei Invalidität bezogen hätte. Die Ermittlung des Grundbetrags erfolgt unter Zugrundelegung von 500 Beitragsmarken und Multiplikation der Beitragswochen, die in der Klasse I-12, II-14, III-16, IV-18, und V-20 Pfg. betragen. Die Ermittlung der Steigerungssätze erfolgt nach Artikel 69 des Einführungsgesetzes zur Reichsversicherungsordnung nur für die nach dem 1. Januar 1912 geleistete Beitragszahl, indem für jede Beitragswoche ein Steigerungssatz in Klasse I-3, II-6, III-8, IV-10 und V-12 Pfg. berechnet wird. Die Waisenrente betrug bisher drei Zwanzigstel und für die übrigen Waisen je ein Vierzigstel des Grundbetrags und der erwähnten Steigerungssätze der Invalidenrente. Infolge des erlassenen Reichsgesetzes vom 12. Juni 1916 ist eine Erhöhung der Waisenrente erfolgt, indem für jedes Kind drei Zwanzigstel in Ansatz zu bringen ist. Diese Bestimmungen haben rückwirkende Kraft erlangt und sollen vom 1. Januar 1916 gelten. Es sind also nicht nur die im Juni 1916 schwebenden Anträge zwecks Erlangung der Waisenrenten zu berücksichtigen gewesen, sondern auch die seit dem 1. Januar 1916 bereits erledigten Waisenrentensachen. Diese Waisenrentensachen sollen von Amtswegen aber auf Antrag geprüft und, sofern für den Berechtigten Vorteile sich ergeben, im günstigen Sinne erledigt werden. Dagegen bleiben Waisenrenten, die vor dem 1. Januar 1916 bewilligt worden sind, in dem festgesetzten Betrage bestehen, was man beachten möge. Die Landesversicherungsanstalten dürften infolge der Mehrbelastung, die auch durch die Herabsetzung der Altersgrenze und der damit verbundenen Altersrentenanträge erfolgt ist, noch nicht überall die Prüfungen der Waisenrenten erledigt haben, die von Amtswegen oder auf Antrag der Berechtigten für die seit dem 1. Januar 1916 bis zum Erlaß des erwähnten Gesetzes zu prüfen waren, sodaß ein Hinweis auf Erledigung bei den zuständigen Instanzen erforderlich ist. Wenn auch die Erhöhung dieser Beträge kein bedeutender Jahresbetrag für die Waisen darstellt, so ist er aber doch immerhin der Erinnerung wert. Deshalb wolle man die Betroffenen hierauf hinweisen, damit das Erforderliche veranlaßt werden kann, im Interesse der Waisen und deren eventuell noch vorhandenen Angehörigen.

R. V.

Graphische Technik.

Kriegswirkungen im Steindruckgewerbe.

Der *Allgemeine Anzeiger für Druckereien* veröffentlichte im Dezember des abgelaufenen Jahres über das Thema unserer Überschrift einen längeren Aufsatz, der für unsere Kollegen manche belehrende Aufklärung bringt. Mit freundlicher Erlaubnis des Verlags Kilmisch & Co., bringen wir den Artikel um Abdruck, ohne uns deshalb mit jedem darin vertretenen Gedanken einverstanden erklären zu können. Wir legen den Hauptwert auf die darin gegebenen technischen Ratschläge und empfehlen ihn besonders deshalb eifriger Beachtung.

Die Redaktion.

Noch fühlbarer als schon im Buchdruckgewerbe machen sich die Einwirkungen des Krieges im Steindruck bemerkbar. Hier ist es nicht nur eine Erschwerung der Arbeitsbedingungen durch das Fehlen der leistungsfähigsten Arbeitskräfte und den Mangel an vielen Rohstoffen und Fertigfabrikaten, sondern es kann durch die notwendig gewordene Heranziehung von Ersatzkräften, und noch mehr durch die Verwendung von ihren Zwecken nur unvollkommen genügenden Ersatzstoffen, sehr leicht schwerer

Schaden an den wertvollen Beständen fertiger Originalithographien verursacht werden. Aber auch etwas Gutes wird die harte Schule des Krieges im Gefolge haben. Sie wird, außer der dringenden Mahnung zur Sparsamkeit, überall die Erkenntnis durchdringen lassen, daß es zukünftig eine erste Aufgabe der heimischen Industrie sein muß, sich in der Deckung ihres Bedarfs möglichst vom Auslande unabhängig zu machen. Wäre diese Lehre schon früher befolgt worden, dann stünde vieles weitaus besser, als dies jetzt der Fall ist. So kann getrost behauptet werden, daß seither Millionen ins Ausland abgeflossen sind für Rohstoffe und Fabrikate, die ebensogut im Inlande erzeugt werden konnten, wenn sich heimische Erzeuger ernstlicher der Sache angenommen hätten und wenn ihnen seitens der Verbraucher auch erhöhter Anreiz gegeben worden wäre.

In Nachstehendem soll versucht werden, die, während des Krieges im Steindruckgewerbe gewonnenen Erfahrungen in der Weise zu verwerthen, daß sich daraus sowohl eine Abwehr drohender Schäden, wie auch Richtlinien für die zukünftige Versorgung mit den notwendigen Bedarfsartikeln ergeben könnten.

Beschäftigen wir uns zunächst mit dem Bedarf des Lithographen und des graphischen Zeichners oder Malers.

Es ist allbekannt, daß lithographische Werkzeuge und Zeichenmaterialien zum großen Teil aus dem Auslande, namentlich aus England und Frankreich bezogen wurden. War dies nun notwendig? Für manche Gegenstände, ja! — weil deutsche Erzeuger nichts Gleichwertiges entgegenzuhalten hatten. So vor allem in feinen Lithographiefedern, lithographischen Tuschen und Kreiden. Eine Unfähigkeit der deutschen Fabrikation war bei diesen Artikeln sicher nicht vorliegend. Bei den Federn mag vielleicht der englische Stahl dem deutschen überlegen sein, aber die Herstellung der Federn, wenn notwendig auch aus eingeführtem Stahl, mußte im Inland ebenso vollkommen gelingen, wie im Auslande.

Noch weniger war bei Tuschen und Kreiden ein zwingender Grund für den Auslandsbezug vorhanden. Es gab seither schon recht gute Inlandsfabrikate an Tuschen, wenn sie auch nicht ganz die bekannten französischen Marken Vanhymbeek und Lemerier erreichten. Die meisten Lithographen waren auf eine dieser französischen, oder vielleicht auf die bekannteste amerikanische Tusche eingeschworen. Viele verwandten diese aber nicht rein, sondern vermischte mit deutscher Tusche, um sie schwärzer zu färben, — das ausländische Erzeugnis also noch zu verbessern! Obwohl hierin schon ein Fingerzeig gegeben war, daß ebenso gut der ganze Verbrauch dem Inland zugute kommen könnte, blieb es seither doch beim alten. Die wenigen Hersteller deutscher Tuschen waren mit ihrem Absatz zufrieden — um Massenfabrikation konnte es sich ohnehin nicht handeln —, für eine weitere Verbesserung des eigenen Fabrikates war man nicht recht eingerichtet, gegen Vorurteile ist schwer anzukämpfen usw., und schließlich konnte ja am Vertrieb ausländischer Tuschen auch noch etwas verdient werden.

Hierin hat nun der Krieg gründlich Wandel geschaffen. Durch die Sperrung der Zufahrtswege muß das deutsche Erzeugnis zu Ehren kommen. Andererseits ergab sich aber auch die Notwendigkeit, für die Bedürfnisse der Lithographie wirklich Vollwertiges zu schaffen. Es bezeugen denn auch die neuesten Proben von fester und flüssiger Tusche eine so weitgehende Vervollkommnung, daß die dauernde Aussnaltung von Auslandsfabrikaten erreicht scheint.

Hierbei dürfte es angebracht sein, ganz besonders auf die Vorteile der flüssigen Lithographietusche aufmerksam zu machen. Das Anreiben der festen ist eine zeitraubende, kostspielige und ärgernisregende Arbeit. Der Lehrling, der diese vier Jahre lang zu verrichten hat, tut sie mit mehr Widerwillen als Hingebung zur Sache. Bald ist denn auch die Tusche zu grau oder zu dick ausgefallen, sie enthält Körnchen oder Stanniolteile. Dies alles fällt bei der flüssigen Tusche weg; sie ist nur einzufüllen. Aber sie ist teurer als die Anreibtusche. Wie viel verbraucht aber bei den jetzigen Seifenpreisen wohl der Anreiber für die Reinigung seiner Hände, und wie hoch ist seine Arbeitszeit zu bewerten?

Ein weiterer Vorteil der flüssigen Tusche ist ihre Verwendbarkeit für Autographenwecke. Der Schreiber, dem an Stelle einer hellbraunen französischen Autographietinte eine Schwarze deutsche Tusche geliefert wird, begrüßt dies gewiß als eine angenehme Wandlung, und auch der Drucker wird keinen Nachteil wahrnehmen können. Vielleicht erleben wir so eine weitere Umwandlung eines Steindruckverfahrens, wie bei Einführung der Auswaschtiaktur, mit welcher der Gebrauch von Umdruckfarbe fast ganz entbehrlich gemacht wurde.

Um zum eigenartigen Gegenstand unserer Abhandlung zurückzukommen, sei nochmals erwähnt, daß für die unterbundene Einfuhr ausländischer Tuschen den Anforderungen genügender inländischer Ersatz vorhanden ist. Ebenso verhält es sich mit Lithographiekreiden, deren Herstellung ja wesentlich einfacher zu lösen war, weil die Frage der Löslichkeit hierbei außer Betracht kommt. Wenn sowohl bei Kreide als Tusche jetzt trotzdem noch

einzelne Wünsche wegen der Farbe oder der sonstigen Zusammensetzung übrigbleiben sollten, so darf nicht vergessen werden, daß die Beschaffung mancher Rohstoffe, so auch die eines feinen Rußes gegenwärtig auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt, die mit Kriegsende von selbst wegfallen. Eine weitere Vervollkommnung dieser Erzeugnisse ist daher für später bestimmt zu erwarten.

Nicht so günstig steht es mit dem Ersatz der seither allgemein eingeführten ausländischen Lithographiefedern. Für gewöhnliche Punkturarbeiten war die Sommerville-Feder hauptsächlich im Gebrauch, für feinste Arbeiten die ebenfalls englische Marke Brandauer, und vielfach wurde auch die vorzügliche französische Gillot-Feder für freiere Zeichnung, oder deren härtere Ausgabe für Schriftausführung bevorzugt. Allen diesen ist die verhältnismäßig lange Gebrauchsfähigkeit gemein, die durch geschicktes Nachschleifen noch wesentlich verlängert werden kann. Mit den noch vorhandenen Vorräten geht es zu Ende. Der deutschen Stahlfedernfabrikation scheint aber ein gleichwertiger Ersatz noch nicht gelungen zu sein. Was nun hiervon bis jetzt geboten wurde, schien zwar anfänglich recht gut, aber im Gebrauch schwand bald das »federn« und damit die weitere Gebrauchsfähigkeit. Es wird fortgesetzter Versuche bedürfen, um den immerhin beträchtlichen Verbrauch an Lithographie- und sonstigen Zeichenfedern dauernd der heimischen Industrie zugute kommen zu lassen.

Feuilleton.

Nahende Vereinsamung.

Die Winterstürme stieben
Weiß über Land und Stadt,
Viel Menschen, die mich lieben,
Sind alt und lebensmatt.

Die, die mich lieben, viele
Wandern in Winterszeit
Und nähern sich dem Ziele,
Und mein Weg ist noch weit.

Es wird ein Morgen sprossen,
Da ich ein Fremdling bin,
Ungleich den Weggenossen
An Art und schwerem Sinn.

Es wird ein Morgen tagen,
Da kennt mich keiner mehr;
Denn, die mich lieben, tragen
Das Haupt von Jahren schwer.

Ernst Zahn.

Vom Büchertisch.

Staatsarbeiter-Recht oder Reform des gesamten Arbeitsrechts von J. Kurth-München. Herausgegeben im Auftrage des Deutschen Eisenbahner-Verbandes von L. Brunner-Berlin. Preis 50 Pfennig.

Eingegangene Gelder.

Für das 3. Quartal 1916 wurden noch folgende Beiträge an die Hauptkasse eingesandt:
Altwater 2. Rate 97,97, Augsburg 300,—, Berlin 8000,—, Cöslin 50,—, Gleiwitz 71,24, Hanau 241,59, Jena 92,95, Mügeln 299,86, Niedersiedlitz 2. Rate 320,—, Posen 30,—, Stettin 2. Rate 179,68, Spremlingen 31,86, Ulm 120,40, Weimar 2. Rate 91,65 und Würzburg 250,— Mk.

Für das 4. Quartal 1916 wurden eingesandt:
Aachen 50,—, Altona 50,—, Aschersleben 328,91, Bautzen 2. Rate 360,—, Bonn 175,—, Brandenburg 375,—, Braunschweig 2. Rate 160,—, Breslau 300,—, Budholz 40,—, Bunzlau 40,—, Cassel 300,—, Chemnitz 2. Rate 250,—, Cöln 2. Rate 250,—, Darmstadt 2. Rate 100,—, Dresden 2. Rate 2500,—, Düsseldorf 400,—, Einbeck 60,—, Eßlingen 400,—, Frankfurt a. M. I, 2. Rate 100,—, Frankfurt a. M. II, 2. Rate 150,—, Fürth 2. Rate 300,—, Gleiwitz 75,09, Glogau 100,—, Göppingen 100,—, Görlitz 135,—, Halberstadt 2. Rate 75,—, Halle 2. Rate 200,—, Hamburg 500,—, Hannover 2. Rate 400,—, Heilbronn 100,—, Hirschberg 60,—, Kaiserslautern 13,84, Karlsruhe 270,—, Kaufbeuren 300,—, Kempten 71,67, Lahr 300,—, Leipzig 2. Rate 2000,—, Lübeck 250,—, Lüneburg 50,—, Magdeburg 2. Rate 300,—, München I, 2. Rate 500,—, Neu-Isenburg 150,—, Nordhausen 43,—, Mühlhausen i. Thür. 15,—, Nürnberg III, 200,—, Osnabrück 16,—, Potsdam 111,40, Schwabach 14,69, Stettin 220,—, Stollberg 73,—, Stuttgart I, 655,80, Stuttgart II, 550,—, Tilsit 30,— und Zwickau 198,— Mk.
Berlin, den 20. Januar 1917. *Wilh. Brall.*

Opfer des Krieges.

Tote:

1916.

Kollege **Johann Schieder**, Steindrucker aus Nürnberg, geb. am 23. Februar 1887, Mitglied seit November 1910, ist am 24. September 1916 gefallen.

Kollege **Josef Wilms**, Lithograph aus Rheydt, geb. am 8. Januar 1897, Mitglied seit April 1915 (in der Lehrlingsabteilung seit 1911), fiel am 23. Oktober.

Kollege **Max Jacob**, Chemigraph, geb. am 14. Februar 1893, in Leipzig-Anger-Croftendorf, zuletzt in Nürnberg, Mitglied seit April 1911 (in der Lehrlingsabteilung seit 1909), fand seinen Tod am 23. Oktober.

Kollege **Gustav Funke**, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 10. Januar 1881, Mitglied seit Februar 1907, ist am 24. Oktober gefallen.

Kollege **Franz Köhn**, Steindrucker aus Berlin, geb. am 2. November 1877, Mitglied seit Januar 1914, starb am 24. Oktober in einem Feldlazarett an Lungenentzündung.

Kollege **Georg Krüger**, Steindrucker aus Berlin, geb. am 15. Dezember 1887, Mitglied seit Oktober 1910, wurde am 16. Oktober durch Brustschuß verwundet und starb am 24. Oktober.

Kollege **Fritz Biebrich**, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 19. Januar 1895, Mitglied seit April 1913 (in der Lehrlingsabteilung seit 1909), ist am 26. Oktober gefallen.

Kollege **August Niemann**, Lithograph aus Bautzen, geb. am 23. März 1884 in Detmold, Mitglied seit Mai 1902, fand seinen Tod am 28. Oktober.

Kollege **Otto Pausch**, Steindrucker aus Leipzig, geb. am 1. Juni 1885, Mitglied seit November 1907, fiel am 29. Oktober.

Tote:

Kollege **Otto Beuckert**, Chemigraph aus Berlin, geb. am 4. Dezember 1879, Mitglied seit Mai 1900, wurde durch die Unvorsichtigkeit eines Kameraden beim Gewehr-Appell am 5. November schwer verwundet und starb am gleichen Tage im Lazarett in Gent.

Kollege **Gustav Curth**, Steindrucker aus Leipzig, geb. am 7. Dezember 1879, Mitglied seit Mai 1899, fiel am 7. November.

Kollege **Hugo Rosenkranz**, Steindrucker aus Dresden, geb. am 25. Dezember 1879, Mitglied seit Januar 1907, ist am 9. November gefallen.

Kollege **Max Scheuer**, Chemigraph aus München, geb. am 11. September 1892, Mitglied seit September 1909 (in der Lehrlingsabteilung seit 1908), fand seinen Tod am 12. November.

Kollege **Max Rietz**, Steindrucker aus Saalfeld, geb. am 17. Januar 1881, Mitglied seit Oktober 1898, fiel am 12. November durch Kopfschuß.

Kollege **Karl Steinbeisser**, Lithograph aus München, geb. am 23. Dezember 1892, Mitglied seit März 1911 (in der Lehrlingsabteilung seit 1908), ist am 14. November bei einem Sturmangriff durch Brustschuß gefallen.

Kollege **Peter Schmid**, Lithograph aus München, geb. am 3. Januar 1881, Mitglied seit Februar 1901, fiel bei einem Sturmangriff am 15. November durch Bauchschuß.

Kollege **Joseph Sondermann**, Lithograph, früherer Vorsitzender der Mitgliedschaft Stollberg i. Rhld., geb. in Aachen am 27. November 1885, Mitglied seit Mai 1905, fand seinen Tod am 16. November.

Tote:

Kollege **Otto Hattenbach**, Steindrucker aus Dresden, geb. am 2. Oktober 1875, Mitglied seit Juli 1894, ist am 17. November gefallen.

Kollege **Richard Jähnig**, Steindrucker aus Leipzig, geb. am 7. Februar 1882 in Seelingstädt bei Grimma, Mitglied seit Oktober 1899, fiel am 18. November.

Kollege **Willy Unger**, Retuscheur, geb. am 21. November 1881 in Hilbersdorf bei Chemnitz, zuletzt in Cöln, Mitglied seit Mai 1910, starb am 20. November an Gehirnschlag im Lazarett zu Lüben.

Kollege **Karl Scheurdel**, Lichtdr.-Retuscheur aus Leipzig, geb. am 25. April 1893, Mitglied seit April 1911 (vorher in der Lehrlingsabteilung seit 1908), ist am 22. November gefallen.

Kollege **Erich Lungenheim**, Chemigraph aus Leipzig, geb. am 28. September 1895, Mitglied seit Juni 1914, fand seinen Tod am 23. November.

Kollege **Oskar Fernau**, Steindrucker, zuletzt in Leipzig, geb. am 11. November 1877 in Uchteritz b. Weifenfels, Mitglied seit Dezember 1907, starb am 24. November im Lazarett in Harburg.

Kollege **Curt Grau**, Steindrucker aus Leipzig, geb. am 9. März 1896, Mitglied seit März 1914 (in der Lehrlingsabteilung seit 1910), fiel am 30. November.

Kollege **Rudolf Kromholz**, Lithograph, geb. am 22. Dezember 1894 in Schönlinde i. Böhmen, Mitglied seit August 1913, zuletzt in Ebersbach, starb am 18. Dezember an Lungenkatarrh und Herzlähmung in einem Lazarett in Wien.

Tüchtigen Steindrucker

(auch Kriegsinvalid) der im Um- und Fortdruck (Gravur und Feder) tüchtig und an selbständiges Arbeiten gewöhnt ist, sucht in angenehme dauernde Stellung bei hohem Lohn

Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Gravier-Maschine

neu oder gebraucht, kaufen

Carl Hasse & Wrede, Berlin N 20, Abtl. 8.

Graphische Fachklassen
Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
druck, Photomechanische Verfahren,
Entwurf und Werkstatt-Ausbildung
Prospekt frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

Fachliteratur.

Alois Senefelder und die Erfindung der Lithographie.

Von Fritz Hansen. Preis inkl. Porto 50 Pf.

Der praktische Umdrucker

Von Bernhard Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdruckes. Preis inkl. Porto 85 Pf.

Conrad Müller, Schkeuditz.

Roulett., Fadenstichel Fräser u.s.w.

in bester Ausführung fert. an **Carl Neumann**, vormals G. König, Berlin SO, Naunynstraße 69.

„Radium-Reiber“

Deutsches Reidspatent No. 269755 zum Wiederherstellen von Lithographien und Umdrucken, gleichwie auf welche Art dieselben gelitten. Stets hilft ein überstreichen m. d. „Radium-Reiber“, welcher für ca. 200 Fälle genügt. Entsauren, Nachmachen usw. fällt gänzlich weg. — Preis per Stück 5,— Mk. —

F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.